



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mutterlieb, die Frau Bäckermeisterin hab ich gern! Wenn ich einmal in Not sein werde, dann gehe ich zu der!

Hoffentlich wirst du niemals in Not kommen, Harald!

Man kanns nicht wissen, Mutter. Die Not kommt schnell; Lita sagts auch. Sie sagt, kaum ist die eine Gouvernante aus dem Hause, dann kommt die andre hinterdrein, und bei jeder gibts eine neue Rede von Tante Dolly.

Lita sollte sich recht Mühe mit dem Lernen geben, sagte ich. Als Kind habe ich es gehaßt, wenn die Erwachsenen solche weise Sätze zu mir sprachen; aber jetzt greife auch ich zu diesem Mittel. Kinder verlangen eine kleine Dosis Moral, über die sie nachdenken können.

Lita möchte auch wohl lernen; aber sie sagt, es ist mühsam. Und Mühe mag sie sich nicht geben.

An uns vorüber zieht ein alter Gaul einen mit Steinen beladenen Karren bergan. Der Treiber geht lässig nebenher, knallt mit der Peitsche und flucht.

Da legt mein Junge seine Kränze auf den Karren und schiebt hinterher, daß er dem Pferd die Arbeit erleichtere. Es gestugt ihm nicht, die Ladung ist zu schwer; aber der Treiber schämt sich plötzlich, ruft nicht mehr Gott und hü, sondern stemmt sich in die Räder. Und dabei lacht er und schlägt Harald ermunternd und zufrieden auf den Rücken.

Wir standen nachher auf dem Kirchhof, legten die Kränze auf ihre Plätze und sahen wieder in den Sonnenschein und auf die stillen Berge. Der alte müde Gaul war seine Straße wettergezogen, und sein Treiber half ihm nach, aus der Ferne konnten wir es sehn. Ich aber dachte, ob meine Eltern mich geliebt hätten, wie ich meinen Knaben liebe. Wie entsetzlich schwer muß es ihnen geworden sein, ihr Kind einsam zurückzulassen.

Ach, wir wissen nicht, wieviel Leid die Welt schon trug! Und wieviel sie weiter tragen muß!

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 15. Juni 1908

(Die Ergebnisse von Reval. England und Rußland und die Westminster Gazette. Die Deutsche Kolonialgesellschaft und der Deutsche Flottenverein.)

Zwischen König Eduard von England und Kaiser Nikolaus von Rußland sind bei der Zusammenkunft in Reval Trinksprüche gewechselt worden, die in den Wein der Kombinationspolitiker und Propheten des neuen Dreibunds viel Wasser geschüttet haben. Zugleich hat auch die ernsthafte politische Presse der beiden nächstbeteiligten Länder nach Möglichkeit das Ihrige getan, um zu versichern, daß die Zusammenkunft von Reval der Erhaltung des Weltfriedens dienen solle und keine Spitze gegen irgendeine dritte Macht kehre. In Rußland hat die Rossija besonders die Hezereien der russischen Presse gegen Deutschland scharf verurteilt, und in England hat sogar die konservative Presse, die sonst uns gegenüber gern eine kühle und mißtrauische Haltung bewahrt, mit bemerkenswerter Offenheit erklärt, es falle England gar nicht ein, sich durch die allerdings wertvolle und hochgeschätzte Freundschaft mit Frankreich in einen Krieg gegen Deutschland hineinziehen zu lassen.

Nun wird natürlich ein großer Staat seine politischen Maßnahmen und seine Auffassung der Weltlage niemals auf Trinksprüche und Preßstimmen aufbauen können, selbst wenn ihnen die Umstände ein besonderes Gewicht verleihen. Nur kühle, sachliche Prüfung aller realen Verhältnisse und Interessen, auch solcher, die nicht an der Oberfläche sichtbar sind, kann eine zuverlässige Unterlage des Urteils geben. Aber es ist doch unter den gegebenen Umständen nicht ohne Bedeutung, daß die dreisten Versuche deutschfeindlicher Strömungen, die gegenwärtige Lage offen in ihrem Sinne auszunutzen, ebenso offen und klar zurückgewiesen werden. Wäre das nämlich nicht ausdrücklich geschehen, so hätten zum mindesten in Frankreich die Treiberereien des revanchelustigen Chauvinismus sehr leicht eine Ausdehnung gewinnen können, die alle Berechnungen besonnener Politiker über den Haufen geworfen hätte. Man muß wissen, daß sich kaum jemals seit der Zeit des *brav' général* auch ernsthaftere französische Blätter in der Bekundung ihrer Feindschaft gegen uns so sehr haben gehn lassen wie jetzt. Eine kühle Dusche war darum sehr notwendig, und es war gut, daß sie ohne Zutun Deutschlands von englischer und russischer Seite kam.

Die politische Bedeutung des Besuches von König Eduard in Reval ist natürlich von niemand bezweifelt worden; die Trinksprüche haben es außerdem öffentlich bestätigt, daß es sich um ganz bestimmte Besprechungen und Abmachungen handelte. Auch das ist kein Geheimnis, daß diese Verständigung an das schon bestehende englisch-russische Abkommen anknüpfte. Es sind also die Verhältnisse in Mittelasien und im nahen Orient zur Sprache gekommen. Nahe genug lag die Gefahr, daß die Lage in Persien trotz dem englisch-russischen Abkommen einen Konflikt zwischen beiden Mächten herbeiführte. Die innern Wirren, denen das persische Reich jetzt preisgegeben ist, und die durch das Experiment einer Verfassung in diesem an den Folgen von Willkürherrschaft und Mißwirtschaft so tief darniederliegenden Lande eher ermutigt als beschwichtigt worden sind, spielen sich vornehmlich in dem Gebiete ab, in dem England das Überwiegen des russischen Einflusses als berechtigt anerkannt hat, aber doch immer unter der Voraussetzung, daß die Unabhängigkeit des Schahs geachtet wird. Nun hat der böse Zwischenfall an der russisch-persischen Grenze, der Überfall einer russischen Militärpatrouille auf russischem Gebiete durch persische Räuber, wobei unter andern der führende russische Offizier getötet wurde, vor einiger Zeit eine neue Verwicklung geschaffen, die das Einschreiten Rußlands und die Stellung eines Ultimatus an Persien veranlaßte. Ob aber die neuen russisch-englischen Abmachungen den Erschütterungen standhalten würden, die ein kriegerisches Vorgehn Rußlands gegen Persien vielleicht nach sich ziehen würde, das konnte doch bei allen guten Absichten auf beiden Seiten zweifelhaft erscheinen, und so hat man mit Freuden die sich bietende gute Gelegenheit ergriffen, um durch die Besprechungen in Reval diesen Konfliktstoff rechtzeitig aus der Welt zu schaffen. Daß über den besondern Inhalt dieser Verständigung nichts verlautet, ist selbstverständlich. Man wird vielleicht erst aus den Ereignissen selbst gewisse Schlüsse ziehen können.

Noch weniger kann vorläufig über die Ergebnisse der Revaler Besprechungen, soweit sie die mazedonische Frage betrafen, gesagt werden. Jedenfalls werden England und Rußland über bestimmte Vorschläge einig geworden sein, mit denen sie wohl sehr bald an die Öffentlichkeit treten werden. In welcher Form dieses geschieht, muß abgewartet werden. Haben die Abmachungen den friedlichen und loyalen Charakter, den man nach den Revaler Trinksprüchen und sonstigen maßgebenden Veröffentlichungen zu erwarten berechtigt wäre, so werden sich England und Rußland mit den andern Großmächten ins Einbernehmen setzen. Aber über Form und Verlauf dieser Verhandlungen läßt sich offenbar nichts voraussagen, nicht

einmal von denen, die den Inhalt der in Reval gepflognen vertraulichen Gespräche genau kennen.

Von dem Verlauf der Ereignisse in den bestimmten, gegenwärtig schwebenden Fragen, die wir hier erwähnt haben, wird es abhängen, wie sich die politischen Folgen der Revaler Zusammenkunft weiter gestalten. Wir haben oft genug festgestellt, daß die Richtung der englischen Politik, die ihre letzte Betätigung in Reval gefunden hat, die natürliche Folgerung aus der politischen Lage Englands ist und durchaus keine Spitze gegen Deutschland zu kehren braucht, daß es deshalb weder zweckmäßig noch unser würdig ist, wenn die Sprachrohre unsrer öffentlichen Meinung aus einem oberflächlichen Eindruck heraus alles, was von Angstmeierei, Nervosität und Mörgelesucht bei uns vorhanden ist, zusammenrufen, und ohne auch nur einigermaßen ausreichend orientiert zu sein, die Leitung unsrer auswärtigen Politik öffentlich der Unfähigkeit zeihen. Wenn als Scheinbeweis für die Berechtigung solcher Auffassung triumphierend die Frage gestellt wird, warum denn Deutschland die einzige Großmacht sei, mit der England neuerdings keine besondern politischen Abmachungen — das Nordseeabkommen zählt hier wohl nicht mit — getroffen habe, so kann man die Antwort darauf sehr kurz und prägnant fassen: „Weil Deutschland weder Mittelmeer- noch asiatische Macht ist.“ Deutschland ist gar nicht in der Lage, mit England einen Vertrag abzuschließen, der direkt zur Sicherung der Stellung Englands in Indien oder auf dem Wege nach Indien dienen könnte. Das ist aber gerade das, was für die weltpolitischen Maßnahmen Englands entscheidend ist.

Andererseits haben wir wiederholt betont, daß diese Politik Englands allerdings, um zu ihrem Ziel zu kommen, in den verschiedenen Ländern die Bundesgenossenschaft von Strömungen hat benutzen können, die von starker Feindseligkeit gegen Deutschland erfüllt sind, und die, wenn auch zunächst nur aus Liebhaberei und auf eigne Verantwortung, den Traum weiterspinnen, man könne einen Ring sämtlicher Mächte um Deutschland bilden und diese große Zentralmacht Europas einschüchtern und niederhalten. Eine weitere Ermutigung und ein Scheinerfolg dieser Richtung könnte sehr wohl die Meinung unterstützen, daß die Demütigung Deutschlands eine Frucht sei, die England bei der Verfolgung seiner Hauptziele ganz bequem nebenbei einheimen könne. Eine solche Ermutigung sehen wir nun freilich darin, daß die öffentliche Meinung Deutschlands, so wie sie sich dem Auslande in der Mehrheit seiner Presse darstellt, bei jedem Schritt des Königs von England die Rolle des Bekränkten, Geschädigten und Beiseitegeschobnen spielt und in beständiger Verärgerung dem Auslande die Versicherung in die Ohren schreit, unsre Diplomatie taue gar nichts, und alles, was sie tue, sei eine Kette von Niederlagen der deutschen Politik. Es ist doch klar, daß ein Heer, das sich selbst beständig für geschlagen erklärt, zuletzt wirklich geschlagen wird. Dürfen wir uns wundern, wenn im Auslande die Meinung aufkommt, die verschiedenen internationalen Abmachungen der letzten Zeit könnten vielleicht doch die Einschüchterung Deutschlands gelingen lassen? Unsrer Stäherheit und die Erfolge unsrer Politik beruhen darauf, daß wir dem Auslande die Überzeugung beibringen, daß eine solche Einschüchterung schlechterdings unmöglich ist, weil wir an unsrer Rüstung ohne Unterlaß pflichttreu gearbeitet haben und uns darum mit einiger Ruhe auf unsre Kraft verlassen können. Um gegen eine solche gesammelte Kraft eine feindliche Koalition zusammenzubringen und wirksam zu machen, dazu gehört eine ganz andre Einheit der Interessen, als sie bei den an unsrer „Einkreisung“ tätigen Mächten günstigstenfalls vorhanden sein kann. Das dem Auslande überall zum Bewußtsein zu bringen, ist eine Aufgabe unsrer Diplomatie, die durch das törichte Geschrei unsrer eignen Presse über angebliche Fehler in der auswärtigen Politik nur erschwert wird.

Wie schematisch und oberflächlich oft in Fragen der auswärtigen Politik sogar von Leuten, denen man eine bessere Kenntnis zutrauen sollte, geurteilt wird, zeigt unter anderm ein in der ganzen europäischen Presse viel beachteter Artikel der Westminster Gazette, also eines der angesehensten Organe der jetzigen englischen Regierungspartei. Der Artikel stammt von Bernard Pares, der als tüchtiger politischer Schriftsteller bekannt ist, und spricht die Meinung aus, die deutsche Diplomatie habe in Rußland eine Schlacht verloren, weil dort der Übergang zum Verfassungsleben die Liberalen an das Ruder gebracht habe, und diese sähen in Deutschland den Hort der Reaktion. Deshalb sei das moderne Rußland, das Rußland der Zukunft, Deutschland abgeneigt und wende sich England zu, in dem es den Hort der politischen Freiheit erkenne. Dieses Schema entspricht einem Gedankenkreise, der in der Westminster Gazette früher schon oft in anderer Form und in anderem Zusammenhang ausgedrückt worden ist, und der, wie jeder mit englischer Denkweise einigermaßen vertraute zugeben wird, unter den englischen Liberalen viel Anklang findet. Es scheint ja auch — objektiv betrachtet — sehr einleuchtend und hat, wie wir sehen können, auch in der deutschen Presse hier und da Eindruck gemacht. Nur schade, daß der Gedanke in dieser besondern Anwendung auf einer völligen Unkenntnis der osteuropäischen Verhältnisse beruht. Wir Deutschen sind uns vollständig darüber klar, daß, wenn sich jetzt Deutschland in eine demokratische Republik verwandelte, in der auch der kritische Blick des radikalsten Engländer nicht mehr ein Stäubchen von „Reaktion“ entdecken könnte, das sogenannte liberale Rußland uns dennoch mit derselben Abneigung beehren würde wie jetzt. Und wenn dieses neue Deutschland mit Engländern kolonisiert würde, so würde sich die Abneigung der Russen auch auf die Engländer übertragen, sobald sich die germanische Art der Engländer etwas deutlicher fühlbar machte. Der Rasseninstinkt des Slaven fragt nicht nach den politischen Freiheiten, wie sie der Germane versteht; er sträubt sich gegen die deutsche Eigenart als solche, weil sie seinem innersten Wesen zuwider ist. Nun stehen freilich diesen Regungen des Rassegeistes, die im einzelnen durch die weiche, gutfertige, nicht gerade zu starker Tätigkeit hindrängende Art des russischen Volkes gemildert werden, andre sehr stark wirkende Momente als Gegengewicht gegenüber. Wirtschaftlicher Vorteil und Bildungsbedürfnis weisen den vorwärtstrebenden Russen doch immer wieder auf das Deutschtum als Stützpunkt und Bundesgenossen hin, sodaß sich das Ergebnis ungefähr dahin zusammenfassen läßt, daß die volkstümliche Grundstimmung in Rußland immer deutschfeindlich sein wird, daß sich aber die selbständig denkenden Elemente von einigem Verantwortungsgesühl, wirklicher politischer Bildung und einiger Kenntnis in wirtschaftlichen Dingen solange als möglich hüten werden, es zu einem wirklichen Bruch mit Deutschland kommen zu lassen. Daß diese Elemente seit dem Beginn des konstitutionellen Lebens in Rußland etwas zurückgedrängt sind, die volkstümlichen Stimmungen mehr Oberwasser haben, ist richtig; das hat bei uns keinen Kenner Rußlands überrascht. Auch glauben wir gern, daß sich der russische Liberalismus gelegentlich in das Gewand einer theoretischen Schwärmerei für das ihm sonst wohl recht wesensfremde Mutterland des Parlamentarismus kleidet. Aber wer uns glauben machen will, daß das irgend etwas mit unsern innerpolitischen Zuständen und dem reaktionären Charakter unsers Regiments zu tun habe, der muß uns gestatten, daß wir ihn — auslachen. Die russischen Reaktionäre, die gegen die englandfreundliche Politik ihres Vaterlands und die Verständigung mit England kürzlich öffentlich protestiert haben, sind darum nicht um ein Atom freundlicher gegen uns gesinnt. Der englische Publizist übersieht außerdem, daß gerade die Leute, denen König Eduard in Reval die Hand gereicht hat, gar keine besonders eifrigen und begeisterten Anhänger einer

Richtung sind, die die Volkswfreiheit nach englischem Muster auf russischen Boden übertragen will. Es fällt ihnen gar nicht ein, auch nur so weit gehn zu wollen, wie wir in Deutschland längst gegangen sind. Also die herrschende Richtung in Rußland, auf deren Dauer und Festigkeit die englische Regierung doch wohl ein starkes Vertrauen setzt — denn sonst würde sie sich wohl nicht so viel Mühe gegeben haben, die Einigung in eine feste Form zu bringen —, diese herrschende Richtung gilt in ihrem eignen Lande als ziemlich reaktionär und ist es jedenfalls in stärkerem Maße als die deutsche Regierung. Und nun kommt eine gewichtige englische Preßstimme von der Regierungspartei und spricht öffentlich aus, daß das Motiv der englischen Freundschaft wesentlich in der Hoffnung besteht, daß die Freiheitsbestrebungen des russischen Liberalismus als des Trägers der Sympathien für England weiter Boden gewinnen werden. Ob das an den leitenden Stellen der russischen Politik sehr angenehm berühren wird? Man wird sich gewiß nicht darüber aufregen, aber doch bei sich denken, daß eine auswärtige Macht, die mit Rußland zusammen Politik machen will, ihre Wünsche nicht von der Gestaltung der innern Angelegenheiten Rußlands abhängig machen, sondern lieber auf dem Boden der gemeinsamen realen Interessen bleiben sollte. Von uns aber wird man nicht verlangen dürfen, daß uns solche Betrachtungen imponieren.

Die große Politik nimmt jetzt, wie es nach dem Schluß der Parlamente und unter dem Zeichen der Monarchenbegegnungen und der mancherlei schwebenden Fragen natürlich ist, das Hauptinteresse in Anspruch. Auf dem Gebiete der innern Politik aber sind wir jetzt wieder in eine Zeit der Kongresse und Tagungen geraten, die in gewissen Zeitabschnitten über den politischen Himmel ziehen wie die Sternschnuppenfälle über den Himmel des Astronomen. Es würde unmöglich sein, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehn. Hervorgehoben werden müssen jedoch die Tagungen zweier großer nationaler Organisationen, der Deutschen Kolonialgesellschaft und des Deutschen Flottenvereins.

Die Kolonialgesellschaft tagte in Bremen. Die Entwicklung unsrer Kolonialpolitik nötigte diesmal zu einer entschiednern Stellungnahme in wichtigen Fragen, als der bisherigen Gewöhnung entsprach. Und das war gut so. Denn es ist die höchste Zeit, daß der Deutschen Kolonialgesellschaft ein etwas regeres Leben eingehaucht wird. Das größte Interesse beanspruchte diesmal die Eingebornenfrage, und das Ergebnis war ein Protest einer starken Mehrheit gegen den hauptsächlich vom Konsul Bohnen vertretenen Standpunkt, der in überhumaner Weise die Rechtsgleichheit zwischen Eingebornen und Weißen herstellen will. Demgegenüber wollten alle erfahrenen Kolonialkenner die Herrenstellung der Weißen durchgeföhrt wissen; die Kolonten sind, auch wenn den Eingebornen ihr Recht werden soll, für uns da. Diese Stellungnahme bedeutet einen gewissen Gegensatz gegen die im vorigen Jahre vom Staatssekretär Dernburg verfochtenen Grundsätze, aber diese werden vielleicht noch mancher Korrektur unterworfen werden. Wir glauben mit dem Unterstaatssekretär von Vindequist, der Dernburg nach Möglichkeit verteidigte, daß die Äußerungen des Staatssekretärs damals nicht die buchstäbliche und allgemeine Bedeutung hatten, die ihnen beigelegt wurde.

Der Deutsche Flottenverein hat seine Hauptversammlung in Danzig abgehalten, und hierbei ist es erfreulicherweise zu einer Einigung und einem Friedensschluß gekommen, der hoffentlich nun von Dauer sein wird. Das Hauptverdienst an diesem Erfolge fällt zweifellos dem Vertreter der Staatsregierung zu, dem Oberpräsidenten von Westpreußen, Herrn von Jagow. Die geschickte Art, in der er seinerseits den Hauptstreitpunkten nicht etwa aus dem Wege ging, sondern sie im Gegenteil hervorhob und ihnen nur alles Gehässige und Unsachliche nahm, trug wesentlich dazu

bei, daß den beiden sich gegenüberstehenden Extremen jede Gelegenheit genommen wurde, sich aneinander zu reiben. So wurde der Verein ausdrücklich als „national-politischer“ bezeichnet; die Bedenken derer, die einen solchen Zusatz als gefährlich empfanden, wurden durch den geschickt formulierten Hinweis beschwichtigt, daß dieser Zusatz ja im Grunde gleichgültig sei, da in Streitfällen ja doch die Behörden und Gerichte allein nach dem Inhalte der Sitzungen über den Charakter des Vereins zu entscheiden hätten. Der Flottenverein soll sich in Zukunft von politischer Agitation fernhalten — womit den Bayern und ihren Freunden eine Beruhigung gegeben wurde —, aber es wurde auch festgestellt, daß der Verein nicht ein Appendix des Reichsmarineamts sein dürfe, sondern seine Unabhängigkeit bewahren müsse. Es muß dem Verein, so hieß es, freistehn, seine eignen Ansichten über die Frage der Beschleunigung des Flottenbaus und ähnliche zu vertreten. Auf dieser Grundlage hat der Verein sein neues Präsidium gewählt, worin Vertreter verschiedener Anschauungsweisen sitzen. Als Präsident wurde Fürst Salm wiedergewählt, aber es ist leider sehr zu bezweifeln, daß er die Wahl annehmen wird. General Keim hatte seinerseits auf die Wiederwahl ausdrücklich verzichtet, und der Verein dankte ihm für diese vornehme und patriotische Entfagung durch die wärmste Anerkennung seiner geleisteten Dienste und den Vorschlag, ihn zum Ehrenmitglied zu ernennen. Nur eine sehr merkwürdige Entschließung ist zu verzeichnen. Man muß, wie erwähnt, leider damit rechnen, daß Fürst Salm die Wahl nicht annimmt, und so entschloß man sich, für diesen Fall gleich den Mann zu bestimmen, der dann an seine Stelle treten soll. Es ist der Großadmiral von Rössler, der auf diese Weise unter recht sonderbaren, für ihn und den Fürsten Salm peinlichen Umständen für die bedeutungsvolle Würde nur designiert, nicht gewählt wurde und infolge dieser manchen wohl bedenklich scheinenden Form eine geringere Mehrheit erhielt, als es bei einer normalen Wahl wahrscheinlich der Fall gewesen wäre. Der harmonische Abschluß der Tagung jedoch, die Erhaltung der Einheit des Flottenvereins in einer für seine nationale Wirksamkeit erspriesslichen Form bleibt die Hauptsache, und daran kann man seine Freude haben.

Koloniale Rundschau

Berlin, 15. Juni 1908

Von Dernburgs Fahrt nach Südwest nichts neues von Wichtigkeit. Dernburg ist mittlerweile in Britisch-Südafrika eingetroffen. Was er mit den dortigen maßgebenden Persönlichkeiten verhandelt hat, ist noch nicht bekannt. Ob es bei gegenwärtigen unverbindlichen Versicherungen guter Beziehungen zwischen Deutsch- und Britisch-Südafrika bleibt, oder ob sich aus dem Besuch praktisch brauchbare Maßnahmen ergeben, werden wir ohnehin wohl erst im Herbst im Reichstag erfahren. Das Reiseprogramm des Staatssekretärs steht auch heute erst in großen Zügen fest. Er will die Haupteingangshäfen von Südafrika, Kapstadt, Port Elizabeth, East London, Durban, besuchen, dann die Minenindustrie in Johannesburg und Kimberley kennen lernen. Begreiflich ist, daß ihn im besondern Maße die Eisenbahnen von Britisch-Südafrika interessieren, und daß er namentlich die Kap-Kairobahn, jenes gewaltige Projekt von Cecil Rhodes, das heute schon bis über den Sambesi hinaus verwirklicht ist, mit eignen Augen sehen will. Seine Fahrt wird deshalb bis zu den Viktoriasfällen des Sambesi, die durch eine Riesensbrücke überspannt werden, führen. Dann geht es zurück nach Kimberley und von dort westwärts über Priesta, Upington und bei Namas hinein ins deutsche Land. Man kann nicht sagen, daß das Programm einseitig gewählt wäre, wie dies bis zu einem gewissen Grade bei der letztjährigen Ostafrikafahrt der Fall gewesen ist.

Im Gegensatz zur damaligen Reise kann Dernburg auf britischem Boden für unsre Zwecke sehr viel lernen. Seine Fahrt führt ihm nicht nur den dortigen Bergbau und die in Südafrika möglichen Industrien vor Augen, sondern auch die landwirtschaftliche Produktion in ihrer Vielgestalt: Kleinsiedlung und Farmbetrieb, Garten-, Obst- und Weinbau, Getreidebau, Tabakbau und das Rückgrat der süd-afrikanischen Wirtschaft, die Viehzucht im extensiven wie im intensiven Betriebe. Britisch-Südafrika sieht schon auf eine hundertjährige Entwicklung zurück, und wenn wir uns die dort gemachten Erfahrungen in verständiger Weise zunutze machen, so können wir viel Lehrgeld sparen. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung dieser Kolonien zeigt uns, wie wir es machen, in mancher Beziehung aber auch, wie wir es nicht machen sollen. Dieses Kapitel kann mit wenigen Worten nicht abgetan werden, sondern muß einer besondern Abhandlung vorbehalten bleiben. Eins nur sei nochmals mit allem Nachdruck betont: in der Eingebornenpolitik ist das englische Vorbild entschieden schädlich, und Dernburg hat unrecht, wenn er in einer Rede in Kapstadt erklärte, wir könnten gerade in der Eingebornenbehandlung an der Erfahrung der Engländer profitieren. Wohin man in den englischen Kolonien blickt, steht es mit den Eingebornen mehr oder minder faul, namentlich in Südafrika und in Indien. Also die Finger von der englischen Eingebornenpolitik!

In Verbindung mit dieser Erwähnung der Eingebornenfrage muß der soeben in der ehrwürdigen Hansestadt Bremen abgehaltenen Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft gedacht werden, bei deren Verhandlungen die Eingebornenpolitik eine Hauptrolle spielte und von einer Reihe berufener und unberufener Redner in zum Teil vortrefflichen Reden erörtert wurde. Besonders treffend wurde die Frage von zwei Kolonialpraktikern und einem Volkswirt, nämlich von Stabsarzt Arning, Direktor Hupfeld und Professor Paasche dargestellt. Die Ausführungen dieser Redner gipfeln im großen und ganzen in denselben Forderungen, die auch ich in Nummer 9 vom 27. Februar aufgestellt habe: unbedingte Hochhaltung des Herrenstandpunkts, aber menschenwürdige Behandlung der Eingebornen und Sicherung ihrer Rechte durch bestimmte amtliche Einrichtungen, auf der andern Seite ihre planmäßige Heranziehung zur Arbeit, wo nötig unter Anwendung leisen Zwangs. Die „kulturelle Hebung“, das Schlagwort von heute, ergibt sich hieraus von selbst. Denn was ist unsre Kultur denn anders als das Ergebnis unsrer in Arbeit umgesetzten und infolgedessen weiterentwickelten geistigen Fähigkeiten? Ist der Neger überhaupt bildungsfähig, so muß er sich unter solcher Politik glänzend entwickeln. Wir habens nicht so gut gehabt. Die frühern Jahrhunderte unsrer Entwicklung waren alles, nur nicht sozialpolitisch angehaucht. Mit Gefühlsduselei kommen wir nicht weiter, sondern nur mit einer Politik der festen Hand und einem gesunden Egoismus, denn wir kolonisieren doch wohl für uns und nicht nur für die Neger, was durchaus nicht ausschließt, daß wir mit der kulturellen Hebung und menschenwürdigen Behandlung der Neger unsre eigne Sache fördern. Aber alles zu seiner Zeit, und das „englische System“ ist noch verfrüht, das haben bei den Verhandlungen der Kolonialgesellschaft sogar zwei Vertreter der Mission betont. Auch sie haben den Herrenstandpunkt für notwendig und richtig erklärt. Ziehen wir daraus die Hoffnung, daß die Mission durch die Irrungen und Wirrungen der letzten Jahre zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Solidarität aller Weißen gegenüber den Schwarzen durchgedrungen ist und diese Erkenntnis in die Tat umsetzen wird. Erst wenn dem Neger das Verständnis für unsre Kultur der Arbeit aufgegangen ist, wird er fähig sein, die Lehren des Christentums wirklich zu begreifen. Also planmäßige Erziehung des Negers zur Arbeit muß die Lösung

sein auf der ganzen Linie. Die Mittel und Wege müssen aber mit unsern nationalen Interessen im Einklang stehn. Und darum muß der koloniale Boden, soweit irgend möglich, dem deutschen Auswanderer gehören. Doch davon ein andermal. Bei dieser Gelegenheit soll auch auf die andern von der Kolonialgesellschaft erörterten Fragen: Errichtung eines Bodenkreditinstituts und eines Landamts für Südwestafrika und Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit, näher eingegangen werden.

Zum Schluß noch zwei erfreuliche Neuigkeiten aus den Kolonien, deren Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung nicht unterschätzt werden darf.

Erstens: Gold in Deutsch-Ostafrika. Zum erstenmal ist es in wirklich abbauwürdiger Menge festgestellt. Die Fundstellen liegen in der Wemberesteppe zwischen Tanga und Tabora. Die ersten Maschinen zur rationellen Ausbeutung sind bereits unterwegs. Welchen Umfang der Goldreichtum in unsrer Kolonie hat, wird sich jetzt erst allmählich feststellen lassen. In der illustrierten Zeitschrift *Kolonie und Heimat* ist das jetzt in Bearbeitung genommene Goldvorkommen eingehend von fachmännischer Seite unter Zuhilfenahme von guten Bildern und eines Plans interessant und anschaulich geschildert. Der Verfasser des Aufsatzes hält es für sehr aussichtsvoll, wenn unabhängige kleine Leute als Prospektoren draußen ihr Glück versuchen würden in der Art, wie es in Australien und Nordamerika geschehn ist. Es ist dies so ziemlich die einzige Möglichkeit zur gründlichen Durchforschung eines Landes auf Edelmetalle. Wenn sich übrigens das Goldvorkommen in der Wemberesteppe als ausgedehnt und reich erweist, so würde dies für den Eisenbahnbau ein starker Antrieb sein und manche Ausgabe rechtfertigen, an die man bisher nur mit Zagen herangegangen ist.

Zweitens: Gold in Deutsch-Neuguinea. An der Südostgrenze des deutschen Gebiets sind von englischen Prospektoren ziemlich bedeutende Goldlager gefunden worden. Es war ja zwar schon lange bekannt, daß es im Innern Neuguineas Gold geben muß, denn fast alle Flüsse führen Gold. Die Engländer wollen uns natürlich jetzt das fragliche Gebiet streitig machen, wir werden es aber hoffentlich festzuhalten wissen. Der Forschungsreisende W. C. Dammkoehler, der im letzten Winter von dem erwähnten Gebiet ausgehend das zwischen dem Huongolf und der Astrolabebai gelegne Bergland und das Stromsystem des Markham- oder Wusflusses und des Kamusflusses unter gewaltigen Schwierigkeiten als erster erforschte, ist von dem Goldreichtum des Landes, den er an verschiedenen Stellen feststellen konnte, überzeugt. Auch er empfiehlt, daß unabhängige Prospektoren ins Land hineingehn, und ist der Ansicht, daß sich ihre Arbeit reichlich lohnen wird. Außerdem hat Dammkoehler die erfreuliche Gewißheit geschaffen, daß das Innere von Neuguinea auch für die landwirtschaftliche Produktion vorzügliche Aussichten bietet. Er hat ausgedehnte Kokospalmenbestände und Pflanzungen der seiner Ansicht nach anstelligsten und brauchbaren Eingebornen gefunden und glaubt als alter Praktiker, daß sich der Boden und das Klima ganz besonders für den Baumwollbau eignen würden. Seine für die geographische Wissenschaft wie für die Kolonialwirtschaft gleich bedeutsame Reise ist bis jetzt nur in der schon erwähnten Zeitschrift *Kolonie und Heimat* geschildert. Die diesem Aufsatz beigegebenen Bilder und eine Karte scheinen die Feststellungen Dammkoehlers voll zu bestätigen, und man kann ihm nur beistimmen, wenn er zum Schluß sagt, daß sich hier für uns eine seltne Gelegenheit bietet, durch den Bau einer Eisenbahn — eine einfache Feldbahn würde bei der günstigen Art des Geländes vollauf genügen — ein neuerforschtes Gebiet sofort nutzbar zu machen. Diese Bahn, durch das Markhamtal bis zur Wasserscheide nur etwa 200 Kilometer lang, würde einen großen Teil unsrer zweifellos reichen Kolonie erschließen und sich wahrscheinlich schon allein durch die rationelle Ausbeutung der

Kokospalmenbestände im Innern bezahlt machen. Diese Ratschläge eines alterfahnen Tropenpraktikers sollten hier Beachtung finden!

Alles in allem genommen: es geht vorwärts mit unsern Kolonien. Die Hauptsache ist, daß die energische Arbeit und die Erfahrung unsrer alten Kolonialpioniere auch genügend anerkannt und bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Erschließungsmaßnahmen zunutze gemacht werden.

Rudolf Wagner

Die Lande Lauenburg und Bütow. Am 18. Juni dieses Jahres feiern die in der äußersten Ecke von Hinterpommern liegenden Kreise Lauenburg und Bütow die 250 jährige Zugehörigkeit zum brandenburgisch-preussischen Staate. Schon nach dem Schwedisch-polnischen Kriege hatte der Große Kurfürst durch den Vertrag zu Bromberg im Jahre 1657 die Lande Lauenburg und Bütow als abgabenerfreies Lehen von Polen erhalten; aber erst im nächsten Jahre nach dem Abzug der Schweden konnten die Bürgerschaft und der Adel dem neuen Herrn huldigen. Der Große Kurfürst hatte schon damals erkannt, daß diese kleinen Lande für Brandenburg ein wertvoller Besitz sein würden, denn seit 1310 hatte hier der Deutsche Ritterorden durch geschickte Kolonisation und durch Heranziehung tüchtiger Ansiedler aus Sachsen und Westfalen ein gesichertes deutsches Kulturgebiet geschaffen, das auch nach dem Untergange des Ritterordens und unter polnischer Oberhoheit seinen durch und durch germanischen Charakter wacker behauptet hatte. Von dem vortrefflichen festen Posten aus, den die Lauenburg bildete, war es für die brandenburgische Expansionspolitik, die schon damals auf die Marienburg gerichtet war, möglich, die Herrschaft auf das für die Konsolidierung der Ostmark notwendige Weichselgebiet auszudehnen. Die knapp gehaltne aber lehrreiche Festschrift von Gerlach gibt einen vortrefflichen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der Lande. Die Fortschritte sind in den letzten Jahrzehnten in der Tat staunenswert; im Jahre 1867 betrug zum Beispiel die Einlagen der Kreissparkasse 634 987 Mark, im Jahre 1907 dagegen 8 107 395 Mark, der Wohlstand ist also in diesem als arm verschrienen Hinterpommern während der letzten vier Jahrzehnte um das Zehnfache gestiegen. „Wäre nicht die Leutenot, so könnte sich die Landwirtschaft bessere Zeiten kaum wünschen.“ Die einst unter polnischer Herrschaft wirtschaftlich verwahrlohten Lande verdanken ihren ganzen Aufschwung den Hohenzollern und sind jetzt tatsächlich im blühenden Zustande. Wer mit der Bahn nach Boppot durch das Lauenburger Ländchen fährt, den fesselt nicht nur das wechselnde Landschaftsbild, sondern auch das fruchtbare, vortrefflich bewirtschaftete Gelände, die üppigen Getreidefelder und die saftigen Wiesen, die von den sich kullissenartig vorschiebenden Höhenzügen mit prächtigen Laub- und Nadelwäldern begrenzt werden. Es ist, als wäre hier ein Stück Thüringen an die Ostseeküste verpflanzt worden.

In der Bewohnerschaft herrscht Schlichtheit, aber auch Tatkraft und Intelligenz; Deutschland verdankt diesem fernliegenden Ländchen an der Ostsee, von dem der in Lauenburg 1881 gestorbne pessimistische Philosoph Julius Bahnsen in nervöser Übertreibung klagt, es sei ein geistiges Sibirien, eine große Zahl tüchtiger und gediegener Männer. Lauenburg ist in akademischen Kreisen in den letzten Jahren hauptsächlich durch Bahnsen bekannt geworden, aber der Groll, den dieser ausgezeichnete originelle Denker gegen die Lauenburger hatte, und der wohl auch mit zu seinem „Widerspruch im Wissen und Wesen der Welt“ gehört, wird gegenwärtig von seinen Anhängern zuweilen ins maßlose gesteigert. Soeben bringt die Juninummer der Revue germanique (Paris, 1908) eine Studie über den Lauenburger Philosophen aus der Feder des Professors J. Talayrach, worin es heißt: Bahnsen, ce penseur

profond, cet homme de combat, n'avait-il pas été condamné à passer sa vie dans un horrible trou de province, dans un milieu hostile à toute velléité d'indépendance intellectuelle. Oui, Bahnsen, cet esprit d'élite fut, pendant trente-cinq ans, systématiquement oublié par ses hauts chefs dans son „trou d'araignée“.

Bahnsens frühere Schüler, die dieses ungemein geistvollen und anregenden Lehrers ja stets mit großer Dankbarkeit gedenken, und auch seine frühern Amtsgenossen und Mitbürger werden die temperamentvollen Übertreibungen des französischen Schriftstellers auf das richtige Maß zurückzuführen wissen. Mit der alten Wahrheit, daß der Prophet nichts in seinem Vaterlande gilt, muß auch der Philosoph rechnen, besonders wenn er seine Spekulationen in einer so geheimnisvollen Sprache vorträgt, daß sich nur der Eingeweihte aus dem Labyrinth der Gedankengänge herauszufinden vermag. Da aber die ausländische Kritik den Lauenburger Philosophen neben Schopenhauer und Nietzsche, einige Kritiker ihn sogar über Nietzsche stellen, so wird sich das pommersehe Städtchen wohl darauf gefaßt machen müssen, daß es bald zum Wallfahrtsort der Bahnsengemeinde wird; die Jünger werden dann aber wohl mit Staunen erkennen, daß Lauenburg kein pauvre bourg ist, sondern eine freundliche, schön gelegene Stadt mit einer intelligenten, arbeitsfreudigen und lebensfrohen Bewohnerschaft; daß die Stadt jahrhundertlang inmitten der polnischen Bestrebungen eine nationale Kulturaufgabe ersten Ranges erfüllt hat, und daß man auch jetzt noch in vielen Zügen die Nachwirkungen verspürt von dem reichen Erbteil der alten Ordensritter aus der Marienburg und von dem brandenburgischen strammen Geiste, den der Große Kurfürst diesen pommersehen Landen eingefloßt hat.

Ernst Groth

Wippermanns Deutscher Geschichtskalender. Der zweite Band des in Grunows Verlag erscheinenden Geschichtskalenders für das Jahr 1907 behandelt einen sehr merkwürdigen Zeitabschnitt, dessen Ereignisse noch oft die Gemüter, die Redner und die Federn beschäftigen und darum nötigen werden, zu diesem Nachschlagebuche zu greifen. Wir sehn die Reichsregierung an der Arbeit, die zwei in das Joch des Blocks gespannten ungleichen Pferde einzufahren, und finden bei Wippermann das Urteil der Organe aller Parteien über dieses denkwürdige und zukunfts Schwangere Experiment mit musterhafter Unparteilichkeit zusammengestellt. Und wir sehn den römischen Ritter von der traurigen Gestalt zur Erheiterung, freilich auch zum Ärger der Welt, ausziehen, den Drachen des Modernismus zu erlegen, und vermissen keines der zur Beurteilung dieses Unternehmens und seiner bisherigen Erfolge erforderlichen Aktenstücke. In der auswärtigen Politik sind besonders die Vorkommnisse wichtig, die auf das Verhältnis Deutschlands zu England und den Vereinigten Staaten, auf die Beziehungen der Vereinigten Staaten und Englands zu den übrigen Großmächten Licht werfen, und auch darüber werden wir vollständig unterrichtet. Von den unzähligen Kongressen und „Tagen“, die getagt und genächtigt haben, sind besonders beachtenswert der Sozialistenkongreß in Stuttgart als Etappe auf dem Rückzug der Sozialdemokratie und die zweite Friedenskonferenz im Haag als Etappe auf dem Vormarsch einer zwar vielfach noch verspotteten aber heute nicht mehr ganz ohnmächtigen Idee. Unentbehrlich ist der Wippermann ja immer, aber, wenn ihm das Halbjahr so interessanten Stoff geliefert hat, zugleich auch erfreulich.

